

Riesauer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsdruckerei
Lageblatt Nr. 20,
Hauptstr. 20,
Postfach Nr. 52.

Das Riesauer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großschönau, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptpostamts Weichen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Verlagskontor
Dresden 1530,
Bismarckstr.
Riesa Nr. 52.

Nr. 86.

Mittwoch, 13. April 1932, abends.

85. Jahrg.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. **Bezugspreis**, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark ohne Zustellgebühr, durch Postbezug RM. 2,14 einschl. Postgebühr (ohne Rufstellungsgebühr). Für den Fall des Eintretens von Produktionsverzögerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachforderung vor. **Anzeigen** für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. **Grundpreis** für die 39 mm breite, 8 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben) 25 Halb-Pfennige; die 39 mm breite Reklamezeile 100 Halb-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. **Bewilligter Rabatt** erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. **Zahlungs- und Erfüllungsort**: Riesa. **Wichtigste Unterhaltungsbeilage** „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Notationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. **Geschäftsstelle**: Goethestraße 59. **Verantwortlich für Redaktion**: Heinrich Uhlmann, Riesa. **für Anzeigen**: Wilhelm Dietrich, Riesa.

Das Reichstabinett

Ist vor der Abreise des Kanzlers nach Genf noch in eine Hülle von Arbeit gehüllt worden. Zum Teil waren Besprechungen über den Fortgang der wichtigen laufenden Arbeiten notwendig, die durch die vielen Wahlfreien der letzten Wochen ins Stocken geraten sind und nun nach der Klärung der innerpolitischen Lage beschleunigt werden sollen. Auf der anderen Seite lag ein gewisser Druck von außen vor. Der große Arbeiterkongress der freien Gewerkschaften hat die Regierung ernsthaft vor die Frage gestellt, wie sie sich zu den verschiedenen Arbeitsbeschaffungsplänen verhalten will. Eine weitere, und finanziellen Gründen vielleicht wünschenswerte Vertagung dieser Frage ist nicht mehr möglich, wenn man sich nicht dem Vorwurf allzu großer Passivität aussetzen will. Trotzdem wird man gut tun, von den Kanzlerklärungen auf dem Gewerkschaftskongress nicht allzuviel zu erwarten. Es steht keineswegs so, daß aus dem Gutachten des Reichswirtschaftsrates, den Vorschlägen des Freien Gewerkschaftsbundes, den vorbereitenden Arbeiten des Reichsarbeits- und Reichswirtschaftsministeriums und aus mancherlei anderen Vorschlägen bereits ein ins Einzelne gehender Plan ausgeführt worden wäre. Man befindet sich immer noch im Stadium der Prüfung der Entwürfe, und es ist wahrscheinlich, daß die Reichsregierung durch den Mund des Kanzlers zwar nachdrücklich ihre Bereitschaft bezeugen wird, möglichst rasch und unter Beihilfe wirksamer interressierter Kreise aus diesem Stadium herauszukommen. Mehr aber ist zunächst nach unseren Informationen kaum zu erwarten. Die Entscheidung über diese Dinge liegt nach wie vor nicht bei den eigentlichen Fachministern, sondern beim Reichsfinanzministerium und dem Reichsbank. Man wird sich hier vielleicht berechtigt fühlen, einige Millionen für die weitere Ausgestaltung des freiwilligen Arbeitsdienstes und für besondere, unmittelbaren Nutzen versprechende Pläne vorzuschlagen. Ein Milliardenbetrag, wie er für eine Arbeitsbeschaffung in breitem Rahmen notwendig wäre, steht aber kaum bevor. Das bittere Wort, auf das man immer wieder bei der Unterhaltung mit maßgebenden Persönlichkeiten stößt, heißt: „Abwarten“. Wir können einfach nicht in einem Augenblick, wo die schwierigsten außenpolitischen Verhandlungen bevorstehen und jeder Posten des deutschen Reichshaushalts unter die kritische Lupe der ganzen Welt genommen wird, Experimente großen Stils unternehmen, die vielleicht in Deutschland, aber niemals ebenso in den anderen Ländern auf Verständnis hohen würden. Wir müssen auch währungsrechtlich jede Schwächung unserer von hundert Gefahren bedrohten Lage vermeiden.“

Stimmungsbild aus dem Preussischen Landtag

Der Preussische Landtag war am Dienstag nachmittags in einer Plenarsitzung einberufen worden, die die Regierungsparteien gefordert hatten, um die Bestimmungen über die Wahl des Ministerpräsidenten in der Geschäftsordnung dahin zu ändern, daß der Ministerpräsident nur mit der absoluten Mehrheit aller gewählten Abgeordneten, nicht aber mit einfacher Mehrheit, gewählt werden könne. In Kreisen der Regierungsparteien begründete man diese Forderung damit, daß bei den voraussetzlichen sehr schwierigen Mehrheitsverhältnissen im neuen Landtag die Möglichkeit einer tatsächlichen Vereitelung des Ministerpräsidenten erwägen werden müsse, weil sonst die Gefahr bestehe, daß die Nationalsozialisten an die Macht kämen, obwohl, wie der Ministerpräsident im Sportpalast ausgeführt habe, nun dokumentarisch feststehe, daß diese Partei staatsgefährlich sei. In der Landtagssitzung setzte sich bei einer sehr lebhaften Geschäftsordnungs-Debatte, daß alle Oppositionsparteien diese Änderung der Geschäftsordnung bekämpften. Dies kam auch in kurzen Erklärungen zum Ausdruck, die die Oppositionsparteien abgeben ließen. Da die Regierungsparteien im gegenwärtigen Landtag nur über eine schwache Mehrheit verfügen, bestand die Gefahr, daß bei der von der Opposition verlangten namentlichen Abstimmung das Haus durch Nichtbeteiligung der Oppositionsparteien beschlußunfähig gemacht würde. Die Kommunisten, die gleichfalls die Landtagseinberufung verlangt hatten, um Anträge gegen angebliche Wahlbeeinträchtigung usw. zu erledigen, verlangten, daß ihre Anträge vor der Forderung der Regierungsparteien behandelt würden. Dies wurde jedoch ebenfalls abgelehnt, wie es dem Reichstagspräsidenten, die Erledigung der Änderung der Geschäftsordnung überhaupt von der Tagesordnung abzusehen. Bei der namentlichen Abstimmung über den Änderungsantrag der Regierungsparteien ergab sich jedoch, daß die Regierungsparteien beinahe vollständig vertreten waren. Obwohl so gut wie alle Abgeordneten der Oppositionsparteien keine Karten abgaben, wurden doch 200 Stimmen gezählt. Die Gewerkschaften der Wahl des Ministerpräsidenten, die von den Regierungsparteien auch als sinnigste Auslegung der Verfassung bezeichnet worden war, zumal ja der Sturz des Ministerpräsidenten ohnehin nur mit absoluter Mehrheit möglich ist, wurde bekanntlich mit 228 gegen 8 Stimmen bei einer Stimmenthaltung angenommen. Aus den abgegebenen Stimmen konnten wir feststellen, daß die drei Reichs-Stimmen, die die Beschlußfähigkeit erleichtert haben, von dem Abg. Frau Dr. Frankenthal (S.P.), Gebhardt (S.P.) und Langer-Oberhausen (D.P.) kamen, während ein Mitglied der Regierungsparteien, der Abg. Raaben (S.P.), sich der Stimme enthalten hatte. Die Regierungsparteien nahmen das Ergebnis mit kühnem Beifall auf.

Aufruf nationaler Verbände für den Volksentscheid.

Dresden. Seitens des Alldutschen Verbandes, des Bismarck-Bundes, der Gruppe Auguste Victoria, des Nostitz-Bundes Deutscher Frauen, der Kampfgemeinschaft junger Deutschnationaler, des Königin-Luise-Bundes, des Nationalverbundes Deutscher Offiziere und des Stahlhelmfrankenbundes wird folgender Aufruf zum Volksentscheid veröffentlicht:

„Der gegenwärtige Landtag besteht aus 45 Marxisten (32 Abgeordnete der SPD. und 13 Kommunisten) und 50 Nichtmarxisten, davon nur drei Demokraten. Lediglich einige wenige schwächliche Mittelparteiler tragen die Schuld daran, daß keine bürgerliche Regierung mit politischer Verantwortung zustande gekommen ist.“

„Statt dessen hat Sachsen eine Geschäftsregierung ohne politische Initiative, eine bürgerliche Beamtenregierung hat die nachrevolutionäre Vergebung und Verwallung unangenehm gelassen.“

„Die Erziehung der Jugend leidet in schwerster Weise, weil der Marxismus der Schule die Zukunft geraubt hat. Ohne Recht in der Jugend aber keine Recht im Volke.“

„Wir wollen einen Landtag, der endlich den ärztlichen Eltern die gleichen Rechte wie den weltlichen gibt. Die immer härter angewachsene christliche Mehrheit bei den Elternratswahlen wird auch die Mehrheit für einen neuen Landtag bringen, wenn jeder seine Pflicht tut.“

„Die Wirtschaft Sachsens leidet wie die seines anderen deutschen Landes. Eine Regierung, die als Geschäftsregierung bewußt und absichtlich auf politische Initiative verzichtet, kann dieser trostlosen Lage nicht Herr werden. Kann nicht beim Reiche eine härtere Rücksicht auf Sachens Not durchsetzen. Mit der Fortdauer der Beamtenregierung degradiert sich Sachsen selbst zur Provinz, verzichtet es in bedenklicher Weise auf seine Rechte als Staat, während die Wirtschaftsinteressen anderer Länder mit wesentlich größerem Erfolg beim Reiche vertreten worden sind und vertreten werden.“

„Ein neuer sächsischer Landtag muß gewählt werden, der die Kraft und die Fähigkeit hat, eine Regierung mit nationalem Willen und politischer Verantwortlichkeit zu bilden. Schon wenn jeder, der bei der Präsidentenwahl seine Stimme gegen das System im Reiche abgegeben hat, auch für einen anderen sächsischen Landtag stimmt, ist der Volksentscheid gewonnen, und Sachsen tritt in die Reihe der deutschen Länder, die demnächst eine willensstarke nationale Regierung haben werden.“

„Mit jedem deutschen Lande mehr, das sich eine vom Volkswillen getragene nationale Regierung erkämpft, rückt die Befreiung des Vaterlandes von der Triebkraft nach außen und von dem unwürdigen marxistischen Erbe im Innern näher. Also auf zum Volksentscheid! Jede Stimme gegen diesen Landtag! Die Auflösung des sächsischen Landtages ist der beste Schrittmaßstab für die preussischen Wahlen!“

„Über ein nationales Sachsen zu einer starken Rechtsregierung in Preußen! Über den Sturz der schwarz-roten Mehrheit in Preußen zu einem neuen und freien Deutschland!“

Finanzlage der Donauländer vor dem Völkerbundsrat.

Genf. Der Völkerbundsrat ist gestern nachmittags zu einer außerordentlichen Sitzung zusammengerufen, um zu dem Bericht des Finanzkomitees über die Finanzlage Oesterreichs, Bulgariens, Ungarns und Griechenlands Stellung zu nehmen. Der Bericht des Finanzkomitees ist von besonderer Bedeutung, da er sich nicht auf die Klarstellung der finanziellen Lage der betreffenden Länder beschränkt. Er stellt vielmehr mit allem Nachdruck fest, daß eine dauerhafte Hilfe für diese Länder nicht zu erwarten ist, so lange die großen Probleme — Reparationen und politische Schulden — nicht gelöst werden, eine Tatsache, die der Berichtserfasser, der norwegische Gesandte in Paris, Colban, unterstrich. Er erklärte aber auch, daß er nicht in der Lage sei, konkrete Vorschläge zu unterbreiten, sondern daß er es dem Rat überlasse, die entsprechenden Folgerungen aus dem Bericht zu ziehen.

In der Aussprache ergriffen zunächst die Vertreter der an der Londoner Konferenz beteiligten 4 Mächte das Wort. Der französische Ministerpräsident Lardieu beschränkte sich auf eine rein formale Mitteilung über die Arbeiten dieser Konferenz. Der englische Außenminister Sir John Simon betonte die Mittelungen Lardieus und legte besonderes Gewicht auf den Sturz der Anleihegläubiger. Neue Anleihen dürften jedenfalls keine neue unproduktive Belastung für die hilflosen Länder darstellen. Der italienische Außenminister Grandi sagte, die wirtschaftlichen Bande zwischen Italien und den beteiligten Ländern seien die beste Gewähr dafür, daß Italien alles tun werde, um eine Besserung der Lage herbeizuführen.

In längeren Ausführungen nahm Staatssekretär von Bülow zur Londoner Konferenz und zum Bericht des Finanzkomitees Stellung. Der Zweck der Londoner Konferenz sei gewesen, die Mittel zu finden, um gewisse süd- und osteuropäische Staaten aus ihrer Notlage zu befreien. Einige dieser Staaten seien durch die infolge der Friedensverträge entstandene Lage ihrer wirtschaftlichen Lebensbedingungen beraubt. Die akuten Finanzschwierigkeiten seien daher der Ausgangspunkt, aber nicht der einzige Erörterungsgegenstand der Konferenz gewesen. Die notleidenden Länder müßten in die Lage versetzt werden, künftig auf eigenen Füßen zu stehen. Nicht die gleiche Einsicht wie über das Ziel habe sich in London über die Mittel zu seiner Verwirklichung ergeben. Eine Lösung werde aber bestimmt gefunden werden, und Deutschland werde von sich aus alles dazu tun.

Staatssekretär v. Bülow unterstrich schließlich aus dem Bericht des Finanzkomitees eine Reihe von Feststellungen, insbesondere über die Notwendigkeit sofortigen Handelns, und erklärte es für bedauerlich, daß trotz dieser auch im Bericht des Beratenden Sonderausschusses der V.B. enthalt-

nen Bestimmung die Lausanner Konferenz bis Juni verschoben worden sei.

Nach Zusammenfassung der Debatten durch Lardieu wurde eine Entschließung angenommen, in der der Völkerbundsrat eine gemeinsame Prüfung der Frage einer planmäßigen Finanzaktion durch die Vertreter der vier Regierungen und die technischen Organe des Völkerbundes vorschlug. Weiter wird festgestellt, daß es Sache des Völkerbundsrates sein werde, über die Maßnahmen zu beschließen, die auf Grund des Berichtes zu treffen sind; zu diesem Zweck soll der Bericht auf die Tagesordnung der nächsten Ratssitzung gesetzt werden.

Auf Vorschlag des norwegischen Außenministers beschloß sodann der Völkerbundsrat, daß die weitere Behandlung der Donaufragen in den Händen der von den vier Regierungen in London eingesetzten Regierungskommission liegen solle. Der Finanzkomitee und die technischen Organe des Völkerbundes wurden beauftragt, sich diesen Sachverhältnissen der 4 Regierungen für die Mitarbeit zur Verfügung zu stellen. Die Vorschläge der Sachverständigen werden sodann auf der Ratssitzung des Völkerbundes zur Verhandlung gelangen.

Ministerpräsident Lardieu gab zum Schluß der Sitzung über die weitere formale Behandlung der Donaufragen eine Erklärung ab, nach der die beteiligten Regierungen weiterhin ihre volle Handlungsfreiheit bis zu den entscheidenden Verhandlungen der Lausanner Konferenz behalten, in der die gesamten Fragen endgültig zur Entscheidung kommen sollen.

Der Völkerbundsrat ist am Donnerstag zu einer neuen Sitzung einberufen, an der auch der griechische Ministerpräsident Venizelos teilnehmen wird.

Die nächsten Verhandlungen des Völkerbundsrates über die Donaufragen seien lediglich, daß trotz aller erschwerenden Verhältnisse die in London hervorgerufenen grundsätzlichen politischen und wirtschaftspolitischen Gegensätze zwischen der englischen und französischen Regierung auf der einen Seite, der deutschen und italienischen Regierung auf der anderen Seite unvermindert weiter bestehen. Der Völkerbundsrat war daher angehalten, diese Lage abzumildern, die endgültigen Beschlüsse über eine Hilfsaktion für die Donauländer auf die Ratssitzung des Rates zu verschieben. Entgegen den bisherigen Hoffnungen ist jedoch die weitere Behandlung der Donaufragen nicht einem Organ des Völkerbundes, sondern den Sachverständigen der englischen, französischen, deutschen und italienischen Regierung übertragen worden, deren Vorschläge auf der Ratssitzung des Völkerbundsrates im Falle einer Einigung zwischen den vier europäischen Großmächten zur Verhandlung gelangen werden.

Noch kein Verbot der SA.

Verstärkte Gerüchte.
In Berlin. Es waren Gerüchte im Umlauf, wonach der preussische Minister des Innern am Dienstag abend bereits das Verbot der nationalsozialistischen SA ausgesprochen habe. Wie vom preussischen Ministerium des Innern mitgeteilt wird, ist dort von einem etwa bereits vollzogenen Verbot nichts bekannt.

Von anderer Seite verlautet hieran, daß, soweit das Reichsinnenministerium in Frage kommt, die Prüfung des ihm zugeleiteten Materials noch nicht abgeschlossen sei.